

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer

und

Landeskulturdirektor Mag. Reinhold Kräter

am

10. Jänner 2017

Linz, Landhaus, Zimmer 233, 10:00 Uhr

zum Thema

"Stellenwert und Perspektiven der Denkmalpflege"

Weiterer Gesprächsteilnehmer:

- Mag. Laurin Holzleitner, Sachbearbeiter Denkmalpflege

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Stellenwert und Perspektiven der Denkmalpflege

Denkmalpflege und die Faro-Konvention

Denkmalpflege ist nicht nur ein landesweites oder ein nationales Anliegen, Denkmalpflege ist eine internationale Herausforderung, der sich die Gesellschaft stellen muss.

Daher wurde im Jahr 2005 vom Europarat das Rahmenübereinkommen über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft, kurz „Faro-Konvention“ (benannt nach der südportugiesischen Stadt Faro), verabschiedet, das auch von der Republik Österreich ratifiziert wurde.

Das Faro-Abkommen im Detail

Als europäisches Rahmenübereinkommen für die Gesellschaft widmet es sich der Frage, warum und für wessen Nutzen das europäische Kulturerbe geschützt werden soll.

Es ist bisher das einzige Übereinkommen des Europarates, das den sozialen Wert des Kulturerbes in das Zentrum der modernen Gesellschaft stellt.

Der Europarat definiert drei Hauptprioritäten in der Faro-Konvention wenn es um die Erhaltung des kulturellen Erbes bzw. der Denkmalsubstanz geht:

- Wahrung der kulturellen Vielfalt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Verbesserung des Lebensraums und Steigerung der Lebensqualität sowie
- demokratische Teilhabe an kulturellem Erbe

Ein wesentliches Ziel ist demnach die Schaffung von Rahmenbedingungen, die das Kulturerbe in den Mittelpunkt der Gesellschaft rücken und jedem Menschen einen uneingeschränkten Zugang bzw. die Beteiligung am Kulturerbe ermöglichen.

In der Faro-Konvention geht es nicht nur darum, wie das kulturelle Erbe nachhaltig zu schützen ist, sondern auch, wie es für zukünftige Generationen zu modifizieren und zu transformieren ist, um dessen Kontinuität zu garantieren.

Damit ist eine umfassende Denkmalpflege nicht nur zentrale Säule einer verantwortungsvollen Kulturpolitik, sondern es sind auch jene Politikbereiche, die sich auf die kulturelle Teilhabe auswirken (Bildungspolitik, Minderheitenpolitik, Sozialpolitik, Beschäftigungspolitik), angesprochen, einen Beitrag zur Umsetzung der Konvention zu leisten.

Denkmalpflege in Oberösterreich

Auch hierzulande sind Denkmäler nicht nur Ausdruck einer in Stein gehauenen Geschichte, sie sind auch wichtige Zeugnisse der Kunstgeschichte und damit Ausdruck der kulturellen Identität unseres Landes.

Während anderswo bei kriegerischen Unruhen – wie wir das leider im Nahen Osten erst in jüngster Zeit mehrfach erleben mussten – ganz gezielt Denkmäler geschändet oder zerstört werden, ist Oberösterreich in der glücklichen Lage, dass wir sie sanieren, bewahren und manchmal auch retten.

Die Kulturpolitik im Land Oberösterreich bekennt sich daher ganz bewusst zur Denkmalpflege und hat in den letzten 10 Jahren (2007-2016) für die Sanierung, Gestaltung und Instandhaltung historischer Objekte insgesamt rund 111 Millionen Euro an Fördermitteln ausgegeben. Zusätzlich sind für das Jahr 2017 in Oberösterreich dafür etwa 6,9 Millionen Euro an Fördermitteln für Investitionen vorgesehen, wobei darin auch die Förderungen für Investitionen in Landesausstellungsgebäude enthalten sind. Für Baumaßnahmen im Rahmen der Implementierung der Landesausstellungen bis 2021 sind im Haushaltsjahr 2017 weitere rund 2 Millionen Euro vorgesehen.

Oberösterreichs Landesausstellungen leisten damit seit vielen Jahren wertvolle Beiträge zur Denkmalpflege, indem als Austragungsorte zumeist denkmalgeschützte Objekte herangezogen werden.

Das ehemalige Kloster Ranshofen, die Stifte Schlierbach und Lambach im Bereich der Sakralbauten, der Innerberger Stadl von Weyer (1998), das Wasserschloss Orth in Gmunden (2008), das Landschloss Parz in Grieskirchen (2010), die Eybl-Häuser von Bad Leonfelden (2013) oder die Alte Kaserne im Pferdezentrum Stadl Paura (2016) im Bereich der Profanbauten sind beeindruckende Beispiele dafür.

Für jedes der Objekte gibt es auch eine adäquate Nachnutzung, die, wie am Beispiel des Landschlusses Parz oder an den Eybl-Häusern von Bad Leonfelden deutlich wird, von kommunalen Einrichtungen bis hin zu kulturell-touristischen Mischnutzungen (z.B. bestehend aus Tourismusbüro, Veranstaltungssaal für die Musikschule, Galerie, Heimstätte der städtischen Schützenkompanie bis hin zu einem im Werden befindlichen Museum in Bad Leonfelden) reicht.

Denkmalgeschützte Substanz wird damit nicht nur per sé erhalten und gepflegt, sondern sie wird in Oberösterreich in vielen Fällen öffentlich zugänglich gemacht. Damit sind alle Bedingungen, die der Europarat in der Faro-Konvention an eine umfassende Denkmalpflege knüpft, erfüllt.

Denkmalpflege als Wirtschaftsfaktor

Neben den kulturellen und identitätsstiftenden Aspekten in unserem Land kommt der Denkmalpflege aber auch im Hinblick auf wirtschaftliche Aspekte ein großer Stellenwert zu.

Die Sanierung denkmalrelevanter Substanz erfolgt stets in Abstimmung mit dem Bundesdenkmalamt und ist an die Anwendung besonderer restauratorischer und konservatorischer Verfahren gebunden.

Gerade für die Erhaltung und zeitgemäße Weiterentwicklung historischer Handwerkstechniken ist dies von zentraler Bedeutung; auch dahingehend, dass Oberösterreich seinem Ruf als Bundesland mit großer Handwerkstradition – den es neben dem eines Industriebundeslandes genauso hat – auch künftig gerecht werden kann.

Ein traditionsgebundenes aber gleichzeitig innovativ wirkendes Handwerk ist unbestritten eine wichtige Säule eines innovativen Wirtschaftsstandortes. Das wissen auch international tätige Konzerne zu schätzen.

Zudem bringt die Denkmalpflege bedeutende Impulse für die Bauwirtschaft, da durch bauliche Maßnahmen im Bereich der Innen- und Außenrestaurierung jahreszeitlich bzw. witterungsmäßig unabhängig Aufträge vergeben werden.

Die **Umwegrentabilität**, die sich aus den Investitionen in die Denkmalpflege ergibt, liegt Berechnungen, die das Land Niederösterreich angestellt hat, zufolge bei **1:5**.

Das bedeutet: Unter Berücksichtigung der **in den letzten zehn Jahren** getätigten Förderungen für Investitionen in die Sanierung, Gestaltung und Instandhaltung historischer Objekte in der Höhe von rund 111 Millionen Euro und den Ausgaben aus dem Pflichtbereich für Baumaßnahmen im Rahmen der Implementierung von Landes- und Landessonderausstellungen in der Höhe von rund 19 Millionen Euro, also **gesamt rund 130 Millionen Euro**, wurde eine volkswirtschaftliche Umwegrentabilität allein aus öffentlichen Mitteln in der Höhe von **rund 650 Millionen Euro** erzielt, die primär dem Handwerk und der Bauwirtschaft zugutekommt.

Darin eingerechnet ist noch nicht die volkswirtschaftliche Wertschöpfung für den Tourismus, etwa wenn denkmalgeschützte Substanz – wie zum Beispiel die Standorte entlang des (ober)österreichischen Donaulimes – im Jahr 2019 zum Weltkulturerbe erhoben werden.

Perspektive der Denkmalpflege hierzulande

Das Land Oberösterreich wird sich auch künftig zur Denkmalpflege insgesamt und zur finanziellen Förderung der Sanierung und Erhaltung denkmalgeschützter Substanz im Sinne der Faro-Konvention bekennen.

Die serviceorientierte Dienstauffassung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Direktion Kultur wird auch künftig beibehalten, denn Denkmalpflege zu betreiben bedeutet – im umfassenden Sinne und auch im Sinne der Faro-Konvention – nicht, nur zu fördern, sondern auch kundenfreundlich und unbürokratisch zu beraten. Diesbezüglich wurden in den letzten Monaten bereits vom neuen Sachbearbeiter in der Denkmalpflege, Mag. Laurin Holzleitner, entscheidende Akzente gesetzt.

Eine vor diesem Hintergrund zielführende Straffung der Förderabläufe durch zusätzliche EDV-Anwendungen gehört ebenfalls dazu.

Durch die Ausarbeitung eines Denkmalkatasters bzw. die Abstimmung der Daten mit ähnlichen Projekten der Kirchen und des Landeskonservatorates soll innerhalb der nächsten Jahre außerdem ein sogenannter „Denkmalkataster“ erarbeitet werden, der auch über DORIS abzurufen sein wird.